

Vorlage Nr.: **2022/0258**
Verantwortlich: **Dez. 1**
Dienststelle: **SAM**

Resolution des Karlsruher Gemeinderates "Solidarität mit der Ukraine"

Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Gemeinderat	15.03.2022	1	x		

Beschlussantrag (Kurzfassung)

Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Resolution zu.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:		
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.		
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Resolution des Karlsruher Gemeinderats „Solidarität mit der Ukraine“

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe verurteilt auf das Schärfste den vom autokratischen russischen Präsidenten befohlenen Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine. Mit Fassungslosigkeit und Bestürzung nehmen wir Anteil an dem unermesslichen Leid, das die ukrainische Bevölkerung durch Tod, Flucht und Zerstörung ertragen muss. Der barbarische Überfall auf einen souveränen Staat ist ein inakzeptabler Bruch des Völkerrechts. Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auf Wohnviertel, Schulen und Krankenhäuser sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese müssen sofort aufhören.

Dieser von der russischen Regierung begonnene Krieg ist ein Angriff auf die freiheitlich-demokratische Werteordnung und die Menschenrechte. Wir anerkennen das uneingeschränkte Recht der Menschen in der Ukraine auf Freiheit und Selbstbestimmung sowie die territoriale Integrität ihres Staates. Daher unterstützen wir alle Anstrengungen und Sanktionen, die zu einer Beendigung der Kriegshandlungen und der Invasion führen können. Gleichzeitig versichern wir der ukrainischen Bevölkerung unsere volle Solidarität und Unterstützung und begrüßen alle Maßnahmen, die den Menschen eine ausreichende Versorgung, sichere Fluchtwege und eine gute Bleibe ermöglichen. Als sichtbares Zeichen dieser Solidarität wird das Karlsruher Rathaus bis auf weiteres in den ukrainischen Landesfarben angestrahlt und die ukrainische Flagge gehisst bleiben.

Wir danken allen Menschen in Karlsruhe, die sich ehrenamtlich engagieren und Geflüchtete aus der Ukraine unterstützen. Der Gemeinderat begrüßt die von der Verwaltung eingerichtete Koordinierungsstelle für Hilfsangebote aus der Zivilgesellschaft in enger Zusammenarbeit mit der Flüchtlingshilfe Karlsruhe und dem Verein „Ukrainer in Karlsruhe“. Gemeinsames Ziel muss es sein, die aus der Ukraine zu uns kommenden Menschen willkommen zu heißen, dezentrale Unterkunftsangebote zu machen und ihnen Sicherheit, wirtschaftliche Eigenständigkeit und Teilhabe zu gewähren; insbesondere auch den vielen Kindern soll eine gute persönliche Entwicklung gesichert werden. Dies gilt gleichfalls für alle Geflüchteten anderer Nationalitäten aus der Ukraine.

Im Wissen um die Ablehnung der Kriegshandlungen, auch durch viele Menschen in Russland, setzen wir uns für die Stärkung der dortigen Zivilgesellschaft ein, auch, indem die Städtepartnerschaft mit Krasnodar in der aktuellen Situation zumindest auf der Ebene persönlicher Kontakte und zivilgesellschaftlich orientierter Projekte fortgeführt werden kann. Gerade jetzt in dieser Krise zeigt sich der ungeheure Gewinn an Wissen, Verständnis, persönlichen Einblicken und Kontakten, die sich in 30 Jahren Städtepartnerschaft mit der Stadt Krasnodar und ihren Menschen entwickelt haben. Nur die dadurch gewachsenen langjährigen Kontakte und persönlichen Begegnungen sind es derzeit, die noch eine vertrauensvolle zwischenmenschliche Kommunikation aufrecht halten und auf deren Basis dadurch Informationen ausgetauscht und Positionen vermittelt werden können.

Offizielle Gespräche und Delegationsbesuche auf politischer Ebene werden bis auf Weiteres nicht stattfinden. Für einzelne Projekte zwischen Institutionen etwa der Jugendarbeit, der Schulen, der Kultur oder des Sports wird es wichtig sein, dass sie nicht als selbstverständliche Zeichen zwischenstaatlichen Handelns oder gar der Normalität propagandistisch genutzt werden können und es im Rahmen des Projekts möglich ist, sich kritisch mit der aktuellen Situation auseinanderzusetzen, z.B. bei einer virtuellen YouConf zum Thema „Frieden in Europa“.

Angesichts unserer Historie und unserer gegenwärtigen Rolle als europäische und internationale Stadt ist es selbstverständlich, dass hier unterschiedliche Meinungen und Haltungen im Rahmen unserer gemeinsamen Werte vorhanden sind, ausgesprochen und ausgetauscht werden. Dabei darf es nicht zu persönlichen Angriffen, stereotypen Ablehnungen etwa wegen der Herkunft und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kommen. Antirussische oder antiukrainische Anfeindungen werden von uns nicht toleriert. Als Stadtgesellschaft werden wir uns in diesen Tagen angesichts eines bislang unvorstellbaren Angriffs gegen ein souveränes Land intensiv unserer eigenen Verantwortung bewusst:

für unsere demokratischen Werte, für ein friedliches Europa und eine gerechte und freiheitliche Weltordnung. Vor allem wird uns deutlich, dass wir auch als Stadtgesellschaft unsere Haltung gegenüber den Menschen in weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen reflektieren und weiterentwickeln müssen. Die Würde des Menschen muss für alle gleichermaßen unantastbar sein.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Resolution zu.